

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 35 (1988)
Heft: 4

Rubrik: Das BZS teilt mit = L'OFPC communique = L'UFPC informa

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Stellung des Zivilschutzes in der Katastrophenorganisation der Gemeinde

Der Brandfall in der Lagerhalle der Firma Sandoz in Schweizerhalle/Muttenz vom 1. November 1986 hat eine besondere Form der Bedrohung greifbar werden lassen, die von unserer modernen Zivilisation ausgeht. Alle betroffenen Behörden müssen daraus ihre Lehre ziehen.

Die Entwicklung dieser Bedrohung hat den Stab für Gesamtverteidigung schon 1982 bewogen, eine Studien-gruppe einzusetzen mit dem Auftrag, das Problem eingehend zu prüfen. Ihre Arbeit mündete in den «Behelf für die Katastrophenhilfe auf Gemeindeebene» aus, dessen endgültige deutsche Fassung 1987 herausgegeben werden konnte. Die französische und italienische liegen mittlerweile auch vor. Ebenso wurde das «Verzeichnis der Dienststellen der eidgenössischen Departemente, die im Katastrophenfall Hilfe leisten könnten» überarbeitet und Ende 1987 verteilt. In diesem Zusammenhang ergaben sich Meinungsverschiedenheiten anlässlich eines der von der Zentralstelle organisierten Kurse. Zur Diskussion stand die Frage der Gemeindeführung in ausserordentlichen Lagen. Uneinig war man sich über die Stellung des Ortschafts und der Zivilschutzorganisation. Man stellte nämlich fest, dass die Grundsätze für den Einsatz und das Organisationsmodell, wie sie in der provisorischen Fassung des Katastrophenbehelfs aus dem Jahr 1984 dargestellt waren, infolge entgegengesetzter Standpunkte verschieden verstanden wurden. Daraus muss geschlossen werden, dass das fragliche Dokument nicht klar genug abgefasst worden war.

Uns obliegt deshalb, die offizielle Doktrin darzulegen und die voneinander abweichenden Auffassungen auf einen

Von Dr. Jean Dübi, stellvertretender Direktor der Zentralstelle für Gesamtverteidigung (ZGV) Bern

gemeinsamen Nenner zu bringen. Dies sollte keine allzu grosse Schwierigkeit bereiten. Offenbar hat man die Dienstbereiche oder Funktionen des Stabes mit den für den Einsatz verfügbaren oder zugeteilten Mitteln verwechselt. In der neuen Ausgabe des Behelfs von 1987 wurde das betreffende Schema entsprechend verdeutlicht (Schema 1). Die Analyse der Entscheide, der Massnahmen und des Führungsrhythmus bei der Katastrophe von Schweizerhalle hat gezeigt, dass sich der Einsatz des Zivilschutzes auf die Alarmierung mit-

tels Sirenen, die Zurverfügungstellung einer Reserve an Schutzmasken und vorbereitende logistische Aufgaben beschränkte. Das ist auch weiter nicht verwunderlich, waren doch die Be-

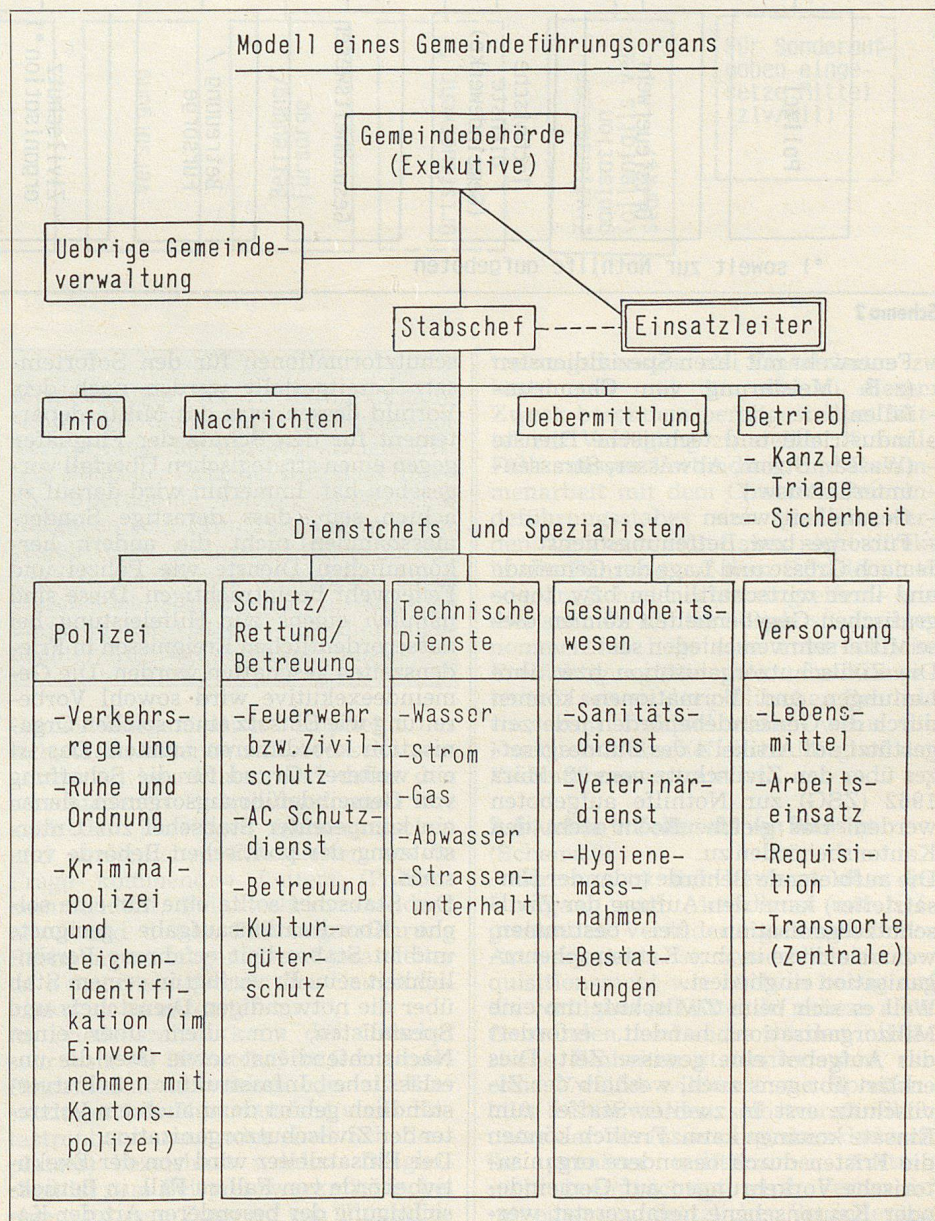
kämpfung des Feuers sowie der Schutz der Bevölkerung und ihrer Habe zeitlich und räumlich ohne allzu grossen Aufwand möglich. Bereits nach einem siebenstündigen Einsatz war jegliche Gefahr gebannt. Dass der Zivilschutz nur beschränkt zum Einsatz kam, erklärte sich aber auch aus dem Umstand, dass er bei Katastrophen in Friedenszeiten praktisch nur als Element zweiter Staffel, das heisst subsidiär, eingesetzt werden kann.

1. Situation in Friedenszeiten

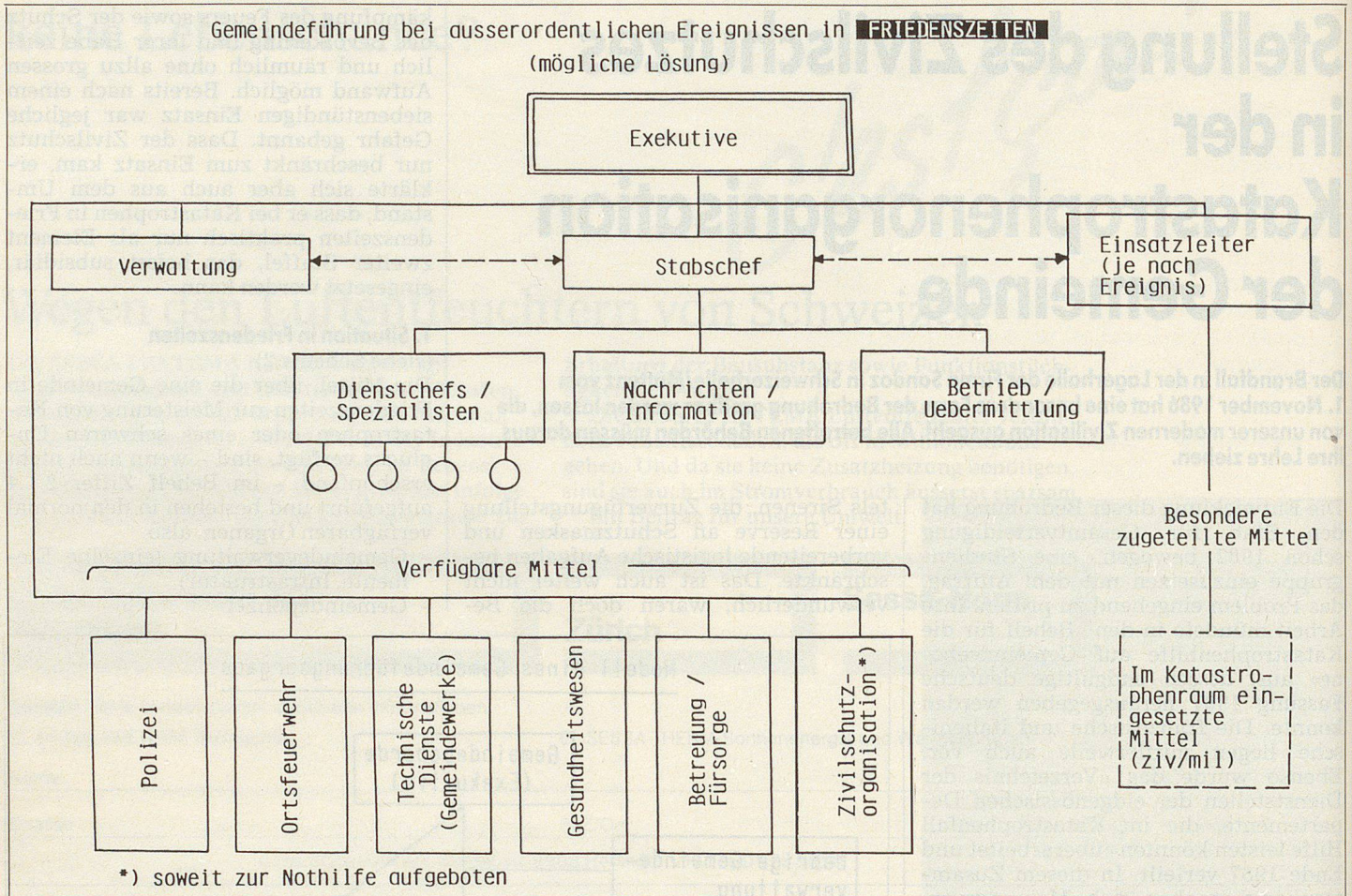
(siehe Schema 2)

Die Mittel, über die eine Gemeinde in Friedenszeiten zur Meisterung von Katastrophen oder eines schweren Unglücks verfügt, sind – wenn auch nicht erschöpfend – im Behelf Ziffer 2.1.4 aufgeführt und bestehen in den normal verfügbaren Organen, also

- Gemeindeverwaltung (einzelne Elemente, Infrastruktur)
- Gemeindepolizei



Schema 1



Schema 2

- Feuerwehr mit ihren Spezialdiensten (z. B. Meisterung von Chemieunfällen)
- industrielle und technische Dienste (Wasser, Strom, Abwasser, Strassenunterhalt usw.)
- Gesundheitswesen
- Fürsorge- bzw. Betreuungsdienst

Je nach Grösse und Lage der Gemeinde und ihrer wirtschaftlichen bzw. topografischen Gegebenheiten können diese Mittel sehr verschieden sein.

Die Zivilschutzorganisation bzw. ihre Leitungen und Formationen können durch die Gemeindebehörden jederzeit gestützt auf Artikel 4 des Bundesgesetzes über den Zivilschutz vom 23. März 1962 (ZSG) zur Nothilfe aufgeboten werden. Das gleiche Recht steht den Kantonsbehörden zu.

Die aufbietende Behörde (oder der Einsatzleiter) kann den Auftrag der Zivilschutzorganisation frei bestimmen, wenn sie diese in ihre Katastrophenschutzorganisation eingliedert.

Weil es sich beim Zivilschutz um eine Milizorganisation handelt, erfordert das Aufgebot eine gewisse Zeit. Dies erklärt übrigens auch, weshalb der Zivilschutz erst in zweiter Staffel zum Einsatz kommen kann. Freilich können die Fristen durch besondere organisatorische Vorkehrungen auf Gemeinde- oder Kantonebene herabgesetzt werden. So können zum Beispiel Zivil-

schutzformationen für den Soforteinsatz bereitgestellt werden nach dem Vorbild dessen, was das Militärdepartement für den Schutz der Flughäfen gegen einen strategischen Überfall vorgesehen hat. Immerhin wird darauf zu achten sein, dass derartige Sondermassnahmen nicht die andern herkömmlichen Dienste wie Polizei und Feuerwehr beeinträchtigen. Diese sind nämlich eigens zur Hilfeleistung bei ausserordentlichen Ereignissen in Friedenszeiten geschaffen worden. Die Gemeindeexekutive wird sowohl Vorbereitung wie Einsatz einer solchen Organisation koordinieren müssen. Das ist ein weiterer Grund für die Schaffung von Gemeindeführungsorganen, denen ein kompetenter Stabschef zur Unterstützung der politischen Behörde vorsteht.

Der Stabschef sollte eine für eine solche Koordinationsaufgabe geeignete und in Stabsarbeit erfahrene Persönlichkeit sein. Er verfügt in seinem Stab über die notwendigen Dienstchefs und Spezialisten, vor allem über einen Nachrichtendienst sowie über die unerlässliche Infrastruktur. Selbstverständlich gehört dazu auch ein Vertreter der Zivilschutzorganisation.

Der Einsatzleiter wird von der Exekutivbehörde von Fall zu Fall, in Berücksichtigung der besonderen Art der Katastrophe, ernannt. Beim Aufbau der

Kommentar zur Situation in Friedenszeiten

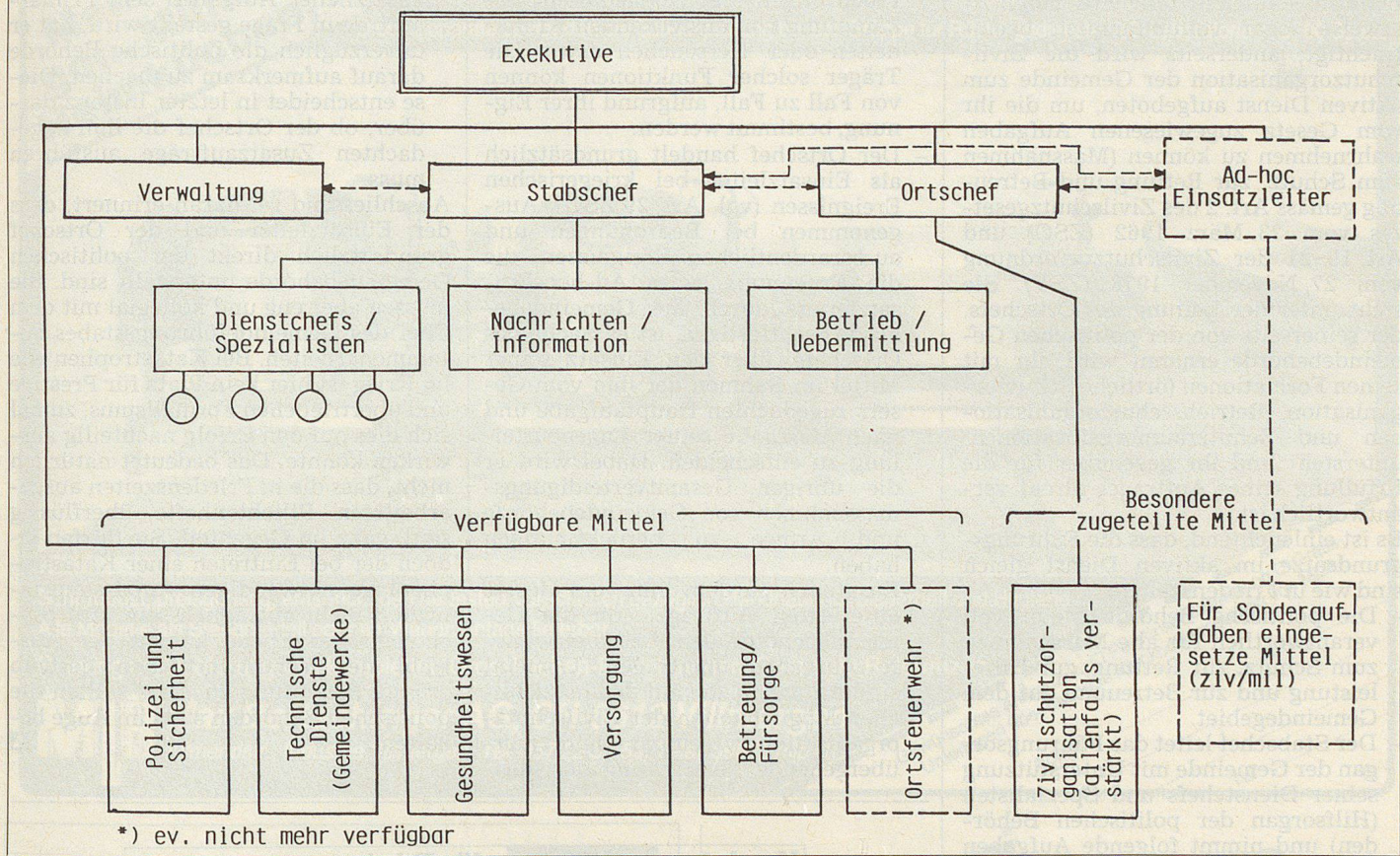
Unterschiede bezüglich der Organisation der Gemeindedienste und der verfügbaren Mittel ergeben sich aus der Grösse, der Struktur und den Besonderheiten der Gemeinde.

Die Exekutive (Gemeinderat in corpore, Delegation, Präsident) behält auch bei ausserordentlichen Ereignissen ihre Verantwortlichkeiten. Sie kann Kompetenzen an den Stabschef und an die Ressortchefs (Feuerwehrkommandant, Ortschef, Polizeikommandant usw.) delegieren (Reglement, Pflichtenhefte). Der Stabschef kann die Chiefs oder von diesen bezeichnete Vertreter und Spezialisten der Ressorts beiziehen. Zusammen mit den Chiefs Nachrichten/Information und Betrieb/Übermittlung bilden sie den Stab.

Für die Funktion des Stabschefs kommen die Ressortchefs kaum in Frage. Als Einsatzleiter kommen Ressortchefs oder andere Verantwortliche in Frage. Die Wahl des Einsatzleiters hängt von der Natur des ausserordentlichen Ereignisses und vor allem von den eingesetzten Mitteln ab.

Die zur Nothilfe aufgebotenen Zivilschutzformationen werden von der Gemeindeexekutive dem Einsatzleiter zur Verfügung gestellt. Dieser gliedert sie in seine Einsatzorganisation ein.

Gemeindeführung bei ausserordentlichen Ereignissen in **ZEITEN AKTIVEN DIENSTES**
(mögliche Lösung)



Schema 3

Kommentar zur Situation im aktiven Dienst

Die Zivilschutzorganisation der Gemeinde wird zum aktiven Dienst aufgeboten, um die durch das Gesetz (Massnahmen zum Schutz, zur Rettung und Betreuung gemäss Art. 2 ZSG und Art. 19–21 ZSV) festgelegten Aufgaben auszuführen. Sie untersteht dem Ortschef, welcher von den politischen Behörden der Gemeinde ernannt wird. Er untersteht mit seinen Leitungen und Formationen der Gemeindebehörde und ist ihr gegenüber für die Erfüllung seines Auftrages verantwortlich.

Der Ortschef ist Einsatzleiter im Falle eines kriegerischen Ereignisses. In dieser Eigenschaft entscheidet er über den Einsatz seiner Mittel (u. U. Verstärkung durch die Armee) im Rahmen der ihm vom Gesetz zugedachten Hauptaufgabe und nach Massgabe seiner Lagebeurteilung. Er zieht die übrigen von der Gemeindebehörde und der Armee getroffenen Gesamtverteidigungsmassnahmen in Betracht und arbeitet mit dem Gemeindeführungsorgan zusammen.

Die Gemeindebehörde kann dem Ortschef Aufträge erteilen, welche über die vom Gesetz vorgesehenen Aufgaben hinausgehen. Es muss sich dann allerdings dabei um subsidiäre Aufgaben handeln, welche mit den tatsächlichen

Möglichkeiten der Zivilschutzorganisation vereinbar sind (vorübergehende Verstärkung der übrigen zivilen Mittel). Stellt der Ortschef fest, dass durch die Übernahme solcher zusätzlicher Aufgaben sein Primärauftrag in Frage gestellt wird, benachrichtigt er unverzüglich die Gemeindebehörde. Diese entscheidet dann in letzter Instanz darüber, ob der Ortschef die ihm zugedachten Aufträge ausführen muss.

Gemeindeorganisation empfiehlt es sich, diese Verantwortlichen schon im voraus zu bezeichnen und dabei den verschiedenen Bedrohungsformen wie auch den jeweiligen fachtechnischen und persönlichen Fähigkeiten des in Frage kommenden Leiters (Polizeikommandant, Feuerwehrkommandant usw.) und dessen Führungserfahrung Rechnung zu tragen. Der Einsatzleiter ist a priori stets direkt der Gemeindeexekutive zu unterstellen.

In Friedenszeiten kann der Ortschef sehr wohl als Dienstchef im Gemeindeführungsstab mitwirken oder als Einsatzleiter (als Kommandant eines Katastrophenraumes oder eines Schadenplatzes) bezeichnet werden. Desgleichen ist zum Beispiel zweckmässig, bei einem grossen Zustrom von Flüchtlingen oder Obdachlosen den Chef des Be-

treuungsdienstes als Einsatzleiter zu bestimmen und ihm die zu diesem Zweck besonders bereitgestellten Mittel zur Verfügung zu stellen. Auf alle Fälle müssen Verbindung und Zusammenarbeit mit dem Chef des Gemeindeführungsstabes sichergestellt werden. Letzterer sollte aber nicht direkt in die Führung auf dem Schadenplatz oder im Schadenraum eingreifen – wie dies auch im Militär üblich ist –, ausgenommen, es liege eine ausdrückliche Ermächtigung (Delegation der Kompetenzen) seitens der politischen Behörde vor, zum Beispiel dann, wenn die Funktion Stabschef einem Mitglied der Exekutive anvertraut ist.

2. Situation in Zeiten aktiven Dienstes

(Schema 3)

Jedermann ist sich bewusst, dass der Übergang zum Aktivdienst mit tiefgreifenden Veränderungen rechtlicher Art verbunden ist, namentlich im Requisitionsrecht wie auch in bezug auf die verfügbaren Mittel. In nahezu allen Gemeinden des Landes würden militärische Einheiten stationiert sein, die ohne Zweifel willkommene Spontanhilfe leisten würden, selbstverständlich unter der Voraussetzung, dass dadurch ihr primärer militärischer Auftrag nicht beeinträchtigt wird. Ferner ist mit einer grundsätzlichen Veränderung in den verfügbaren zivilen Mitteln zu

rechnen: Die für Friedenszeiten geschaffenen Institutionen wie die Feuerwehr, die Polizei usw. werden in ihrer Funktionsfähigkeit teilweise, möglicherweise sogar vollumfänglich beeinträchtigt; andererseits wird die Zivilschutzorganisation der Gemeinde zum aktiven Dienst aufgeboten, um die ihr vom Gesetz zugewiesenen Aufgaben wahrnehmen zu können (Massnahmen zum Schutz, zur Rettung und Betreuung gemäss Art. 2 des Zivilschutzgesetzes vom 23. März 1962 (ZSG) und Art. 19–21 der Zivilschutzverordnung vom 27. November 1978 (ZSV). Sie steht unter der Leitung des Ortschefs, der seinerseits von der politischen Gemeindebehörde ernannt wird, ihr mit seinen Formationen (örtliche Schutzorganisation, Betriebsschutzorganisationen und Schutzraumorganisationen) untersteht und ihr gegenüber für die Erfüllung seines Auftrages direkt verantwortlich ist.

Es ist einleuchtend, dass die Führungsgrundsätze im aktiven Dienst gleich sind wie in Friedenszeiten:

- Die politische Behörde bleibt voll verantwortlich für alle Massnahmen zum Schutz, zur Rettung, zur Hilfeleistung und zur Betreuung auf dem Gemeindegebiet.
- Der Stabschef leitet das Führungsorgan der Gemeinde mit Unterstützung seiner Dienstchefs und Spezialisten (Hilfsorgan der politischen Behörden) und nimmt folgende Aufgaben wahr:
 - Er informiert und berät die Gemeindebehörde und liefert ihr die Entscheidungsgrundlagen.
 - Er stellt die Koordination der Massnahmen und die Durchführung der von der politischen Behörde getroffenen Anordnungen sicher.
 - Er koordiniert die Zusammenarbeit mit der Truppe und den zivilen Organisationen im Einsatz auf dem Gemeindegebiet, soweit diese Verantwortung nicht dem Einsatzleiter übertragen wird.
 - Er stellt die Verbindung zum Amtsbezirk oder Kanton, zu den Nachbargemeinden und zu den in Frage kommenden militärischen Kommandostellen sicher.
 - Er entlastet den Einsatzleiter von bestimmten Sonderaufgaben wie zum Beispiel Information, Betreuung, Logistik usw.
- Der Ad-hoc-Einsatzleiter ist mit dem Einsatz von Mitteln beauftragt, die für die Meisterung von ausserordentlichen Lagen bestimmt sind. Solche ausserordentlichen Ereignisse können durch Natur- und Zivilisationskatastrophen, durch Zuwiderhandlungen gegen Ruhe und Ordnung oder durch kriegerische Handlungen herbeigeführt werden. Es handelt sich mit andern Worten um den Kommandanten der auf Gemeindegebiet eingesetzten Formationen,

sei es in einem bestimmten Abschnitt, sei es für besondere Aufgaben (Geiselnahme, Betreuung von Flüchtlingen und Obdachlosen, Bekämpfung von ansteckenden Krankheiten oder Tierseuchen usw.). Die Träger solcher Funktionen können von Fall zu Fall, aufgrund ihrer Eigenschaft, bestimmt werden.

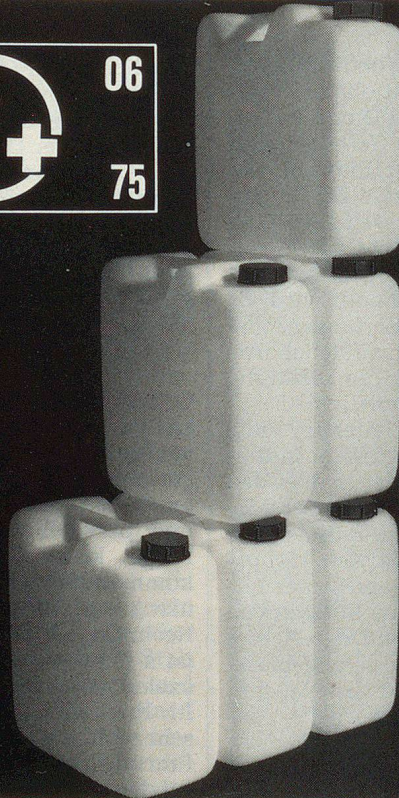
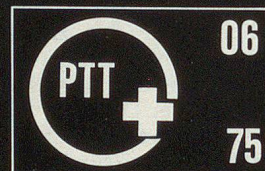
- Der Ortschef handelt grundsätzlich als Einsatzleiter bei kriegerischen Ereignissen (vgl. Art. 29 ZSG). Ausgenommen bei Bedrohungen und ausserordentlichen Ereignissen, die die Ernennung eines Ad-hoc-Einsatzleiters durch die Gemeindebehörde rechtfertigen, ist es Sache des Ortschefs, über den Einsatz seiner Mittel im Rahmen der ihm vom Gesetz zugedachten Hauptaufgabe und nach Massgabe seiner Lagebeurteilung zu entscheiden. Dabei wird er die übrigen Gesamtverteidigungsmassnahmen von Gemeindebehörde und Armee zu berücksichtigen haben.

Zusätzlich zu dem ihm vom Gesetz auferlegten Auftrag kann die Gemeindebehörde dem Ortschef weitere Aufgaben übertragen. Gemeint sind Aufgaben, die mit den tatsächlichen Möglichkeiten der Zivilschutzorganisation vereinbar sind (vorübergehende Verstärkung der übr-

gen zivilen Mittel der Gemeinde). Kommt der Ortschef zum Schluss, dass durch die Übernahme solcher zusätzlicher Aufgaben sein Primärauftrag in Frage gestellt wird, hat er unverzüglich die politische Behörde darauf aufmerksam zu machen. Diese entscheidet in letzter Instanz darüber, ob der Ortschef die ihm zugedachten Zusatzaufträge ausführen muss.

Abschliessend sei daran erinnert, dass der Einsatzleiter und der Ortschef grundsätzlich direkt der politischen Gemeindebehörde unterstellt sind. Sie müssen aber eng und kollegial mit dem Chef des Gemeindeführungsstabes zusammenarbeiten. Bei Katastrophen wie im Krieg ist hier kein Platz für Prestige und übertriebenen Formalismus, zumal sich dies auf den Erfolg nachteilig auswirken könnte. Das bedeutet natürlich nicht, dass die in Friedenszeiten ausgearbeiteten Pflichtenhefte überflüssig sind, ganz im Gegenteil. Sie dürfen jedoch der bei Eintreten einer Katastrophenlage notwendigen Anpassungsfähigkeit nicht abträglich sein. Auf psychologischer Ebene kommt der Auswahl der Verantwortlichen deshalb grösste Bedeutung zu. Dies sollten die politischen Behörden stets im Auge behalten. ▽

Kanister und Fässer für Trinkwasserreserve



Wir liefern Kanister 10–60 l, Fässer 40–220 l, mit Auslaufhähnen, aus lebensmittelechtem Niederdruck-Polyäthylen, physiologisch unbedenklich.



Cartofont AG, Kunststoffverarbeitung, 5001 Aarau
 Telefon 064 22 09 15, Telegramme: carto
 Telex 981 244, cart-ch

Situation de la protection civile dans le cadre de l'organisation de catastrophe au niveau communal

L'incendie du dépôt de l'entreprise Sandoz à Schweizerhalle/Muttenz, le 1^{er} novembre 1986, a concrétisé un aspect spécifique de la menace découlant de notre civilisation moderne et les leçons doivent être tirées par les autorités concernées.

C'est d'ailleurs l'analyse de cette évolution de la menace qui avait incité l'Etat-major de la défense à constituer dès 1982 un groupe d'étude à cet effet. Les travaux avaient abouti à l'élaboration d'un «Aide-mémoire pour le cas de catastrophe au niveau communal», dont l'édition définitive de 1987 vient d'être diffusée pour l'allemand, alors que les documents en français et en italien viennent de paraître. En outre, le «Répertoire des organes fédéraux susceptibles d'apporter une aide en cas de catastrophe» a également été revu et distribué à fin 1987.

Dans ce contexte, lors de l'un des cours organisés par l'OCD afin d'aider les cantons dans la mise en place de leurs organes de conduite communaux, des divergences se sont révélées quant à la situation du chef local et de l'organisme de protection civile. Il est apparu que les principes d'engagement et le modèle d'organisation présentés dans l'édition provisoire de 1984 de «l'aide-mémoire» ont été compris différemment, au gré d'opinions personnelles inconciliables. Il faut en déduire que le document en question n'était pas suffisamment clair.

Il importe dès lors de présenter la doctrine officielle et de rapprocher les points de vue. Cela ne devrait pas être

Par M. Jean Dübi, directeur suppléant de l'Office central de la défense (OCD), Berne

trop difficile car il apparaît que l'on a confondu les services (ou fonctions) de l'EM avec les moyens disponibles ou attribués pour l'engagement. Le schéma en question a été précisé dans le nouvel «aide-mémoire» 1987 (schéma 1).

L'analyse des décisions, des mesures et du rythme de conduite lors de la catastrophe de Schweizerhalle montre que l'engagement de la protection civile a été limité à l'alarme par sirènes, à la mise à disposition d'une réserve de masques de protection et à des tâches préparatoires sur le plan logistique. C'est normal puisque la lutte contre le feu et la protection de la population et des biens ont pu être relativement rapidement limitées dans le temps et dans l'espace (tout danger était écarté après 7 heures d'intervention). C'est doublement normal puisque la protection civile ne peut pratiquement être engagée qu'à titre

subsidaire dans une catastrophe survenant en temps de paix.

1. En temps de paix (schéma 2)

Les moyens potentiels dont dispose la commune en temps de paix pour un engagement en cas de catastrophe/sinistre sont énumérés de manière non exhaustive au chiffre 2.1.4 de «l'aide-mémoire» et consistent dans les organisations normalement disponibles, soit

- administration communale (certains éléments/infrastructure)
- police municipale
- corps de sapeurs-pompiers avec ses services spéciaux, notamment pour la lutte contre les produits chimiques
- services industriels et techniques (eau, électricité, épuration, voirie, etc.)
- services de la santé publique
- service de l'assistance publique (en allemand «Fürsorge», mais élargi dans le sens de «Betreuung»).

Ces moyens varient d'une commune à l'autre en fonction de la grandeur, des

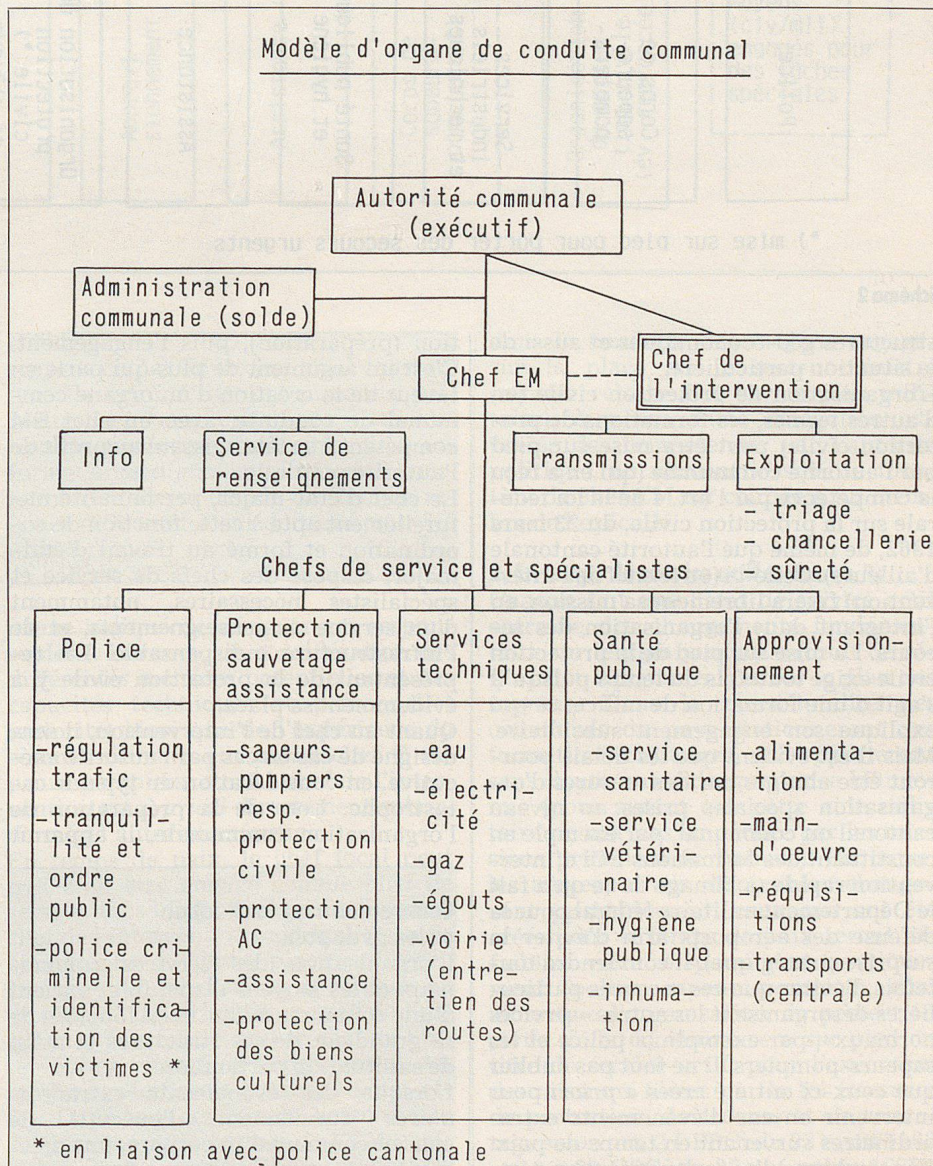


Schéma 1

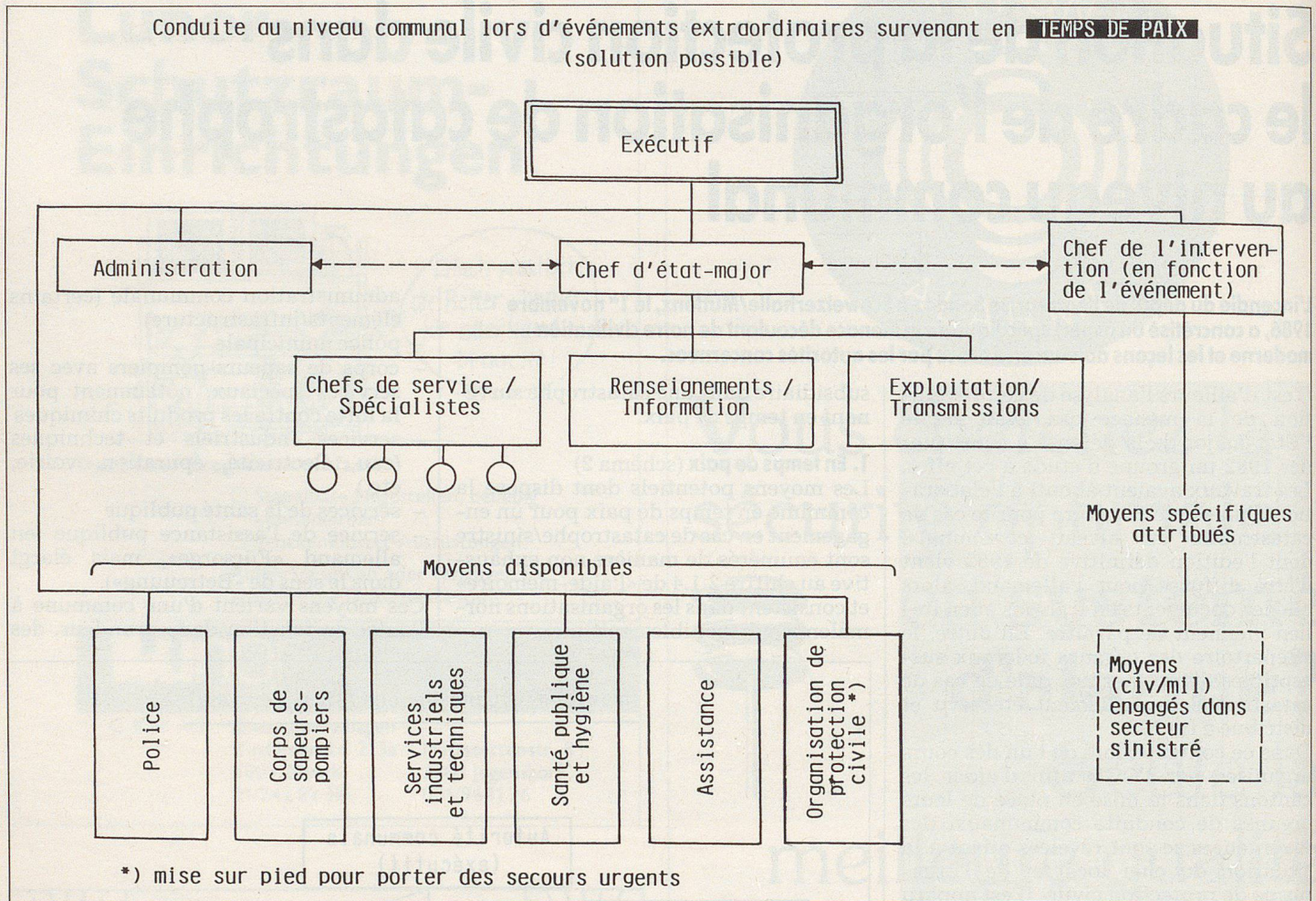


Schéma 2

structures géo-économiques et aussi de la situation particulière.

L'organisation de protection civile (en d'autres termes, les formations de protection civile) peut être mise sur pied par l'autorité communale (qui en a reçu la compétence par l'art. 4 de la loi fédérale sur la protection civile, du 23 mars 1962, de même que l'autorité cantonale d'ailleurs). Celle-ci (ou le chef de l'intervention) fixera librement sa mission, en l'intégrant dans l'organisation des secours. La mise sur pied de la protection civile exige toutefois du temps puisqu'il s'agit d'une formation de milice, ce qui explique son engagement subsidiaire. Mais il est évident que les délais pourront être abrégés par des mesures d'organisation spéciales prises au niveau cantonal ou communal, par exemple en constituant des formations PCi d'intervention rapide (à l'image de ce qu'a fait le Département militaire fédéral pour la défense des aéroports afin d'éviter la surprise stratégique). Il conviendra toutefois d'éviter que ces mesures particulières désorganisent les autres «services normaux», par exemple la police et les sapeurs-pompiers. Il ne faut pas oublier que ceux-ci ont été créés *a priori* pour intervenir en cas d'événements extraordinaires survenant en temps de paix. Il incombera à l'autorité exécutive communale de coordonner cette organisa-

tion (préparation), puis l'engagement. C'est un argument de plus qui parle en faveur de la création d'un organe communal de conduite, avec un chef EM compétent à sa tête agissant au profit de l'autorité politique.

Le chef d'état-major, personnalité naturellement apte à cette fonction de coordination et formé au travail d'état-major, dispose des chefs de service et spécialistes nécessaires, notamment d'un service de renseignements, et de l'infrastructure indispensable. Un représentant de la protection civile y a évidemment sa place.

Quant au chef de l'intervention, il sera désigné de cas en cas par l'autorité exécutive, en considération du type de catastrophe. Lors de la préparation de l'organisation communale, il apparaît

Commentaire sur la situation en temps de paix

L'organisation des services communaux et les moyens disponibles varient d'une commune à l'autre en fonction de sa grandeur, de ses structures et aussi de sa situation particulière.

Lorsque des événements extraordinaires surviennent, l'exécutif (le conseil communal in corpore, une délégation du conseil communal, le prési-

dent de la commune) conserve ses prérogatives. Il peut déléguer des compétences au chef d'état-major ou aux chefs des services communaux (commandant de sapeurs-pompiers, chef local, commandant de la police, etc.), sous la forme de règlements, de cahiers des charges, etc.

Le chef d'état-major peut faire appel à la collaboration des chefs des services ou à des représentants ainsi qu'à des spécialistes désignés par eux. Ces personnes forment l'état-major en compagnie des responsables chargés des renseignements et informations et de l'exploitation et des transmissions. La fonction de chef d'état-major ne peut guère être assumée par un chef de service.

Le chef de l'intervention peut être désigné en la personne du chef de l'un des services ou d'un autre responsable. Son choix dépend de la nature de l'événement extraordinaire et avant tout des moyens qui doivent être engagés.

Les formations de protection civile appelées à porter des secours urgents sont mises à la disposition du chef de l'intervention par l'exécutif communal. Il appartient au chef de l'intervention de les intégrer dans son organisation de secours.

Conduite au niveau communal lors d'événements extraordinaires survenant en **SERVICE ACTIF**
(solution possible)

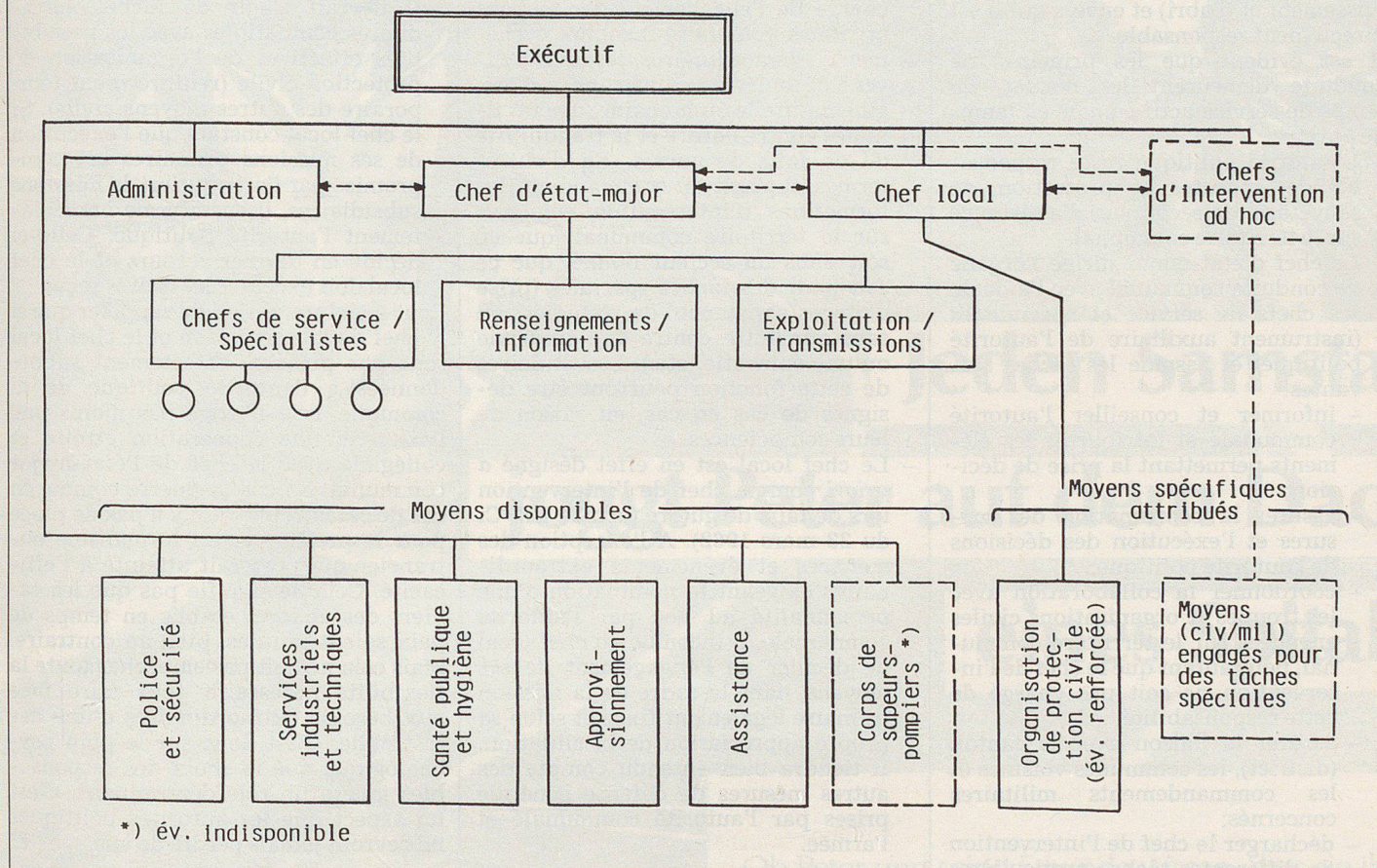


Schéma 3

Commentaire concernant la situation en temps de service actif

L'organisation de protection civile de la commune est mise sur pied au titre de service actif pour l'exécution des missions fixées par la loi (mesures de protection selon l'art. 2 LPCi et les art. 19 à 21 OPCi). Ce moyen spécifique est placé sous les ordres du chef local, nommé par l'autorité politique de la commune, à qui il est subordonné et devant qui il est directement responsable.

Le chef local fonctionne *a priori* comme chef de l'intervention en cas de faits de guerre. A ce titre, il lui appartient de décider de l'engagement de ses moyens (éventuellement renforcés par l'armée), dans le cadre de la mission primaire légalement fixée et selon sa propre appréciation de la situation. Il tient compte des autres mesures de défense générale prises par l'autorité communale et l'armée et collabore à l'activité de l'organe communal de conduite.

L'autorité communale peut attribuer au chef local des missions complémentaires à celles fixées par la loi. Il devrait s'agir de tâches subsidiaires compatibles avec les possibilités effectives de l'organisation de protection civile (renforcement temporaire des autres

moyens civils). Si le chef local constate que l'exécution de ses missions primaires est compromise par l'attribution de missions subsidiaires, il en informe immédiatement l'autorité communale. Celle-ci décide en dernier recours et le chef local doit exécuter les ordres reçus.

même indiqué de désigner ces responsables à l'avance, en considération des différentes menaces potentielles et des capacités techniques et personnelles (autorité) ainsi que de l'expérience du commandement: cdt police/chef C sapeurs-pompiers, etc. Le chef de l'intervention est *a priori* directement subordonné à l'autorité exécutive.

En temps de paix, le chef local peut très bien être engagé comme chef de service dans l'EM communal ou comme chef de l'intervention (cdt du secteur de catastrophe ou d'une place sinistrée). De même, en cas d'afflux de réfugiés ou de sans-abri, le chef du service de l'assistance devrait devenir le chef de l'intervention chargé de l'engagement des moyens spécifiques attribués à cet effet. Dans tous les cas, la liaison et la coopération avec le chef de l'EM communal sont indispensables, ce dernier n'intervenant toutefois pas directement

dans la conduite des moyens engagés sur la place ou le secteur sinistré (comme cela se fait sur le plan militaire), à moins d'une délégation expresse des compétences par l'autorité politique, notamment lorsque la fonction de chef EM est confiée à un membre de l'exécutif.

2. En temps de service actif (schéma 3)

Chacun sait que l'état de service actif entraîne des changements fondamentaux sur le plan juridique (droit de réquisition notamment) et sur le plan des moyens. Dans la quasi-totalité des communes du pays stationneront des formations militaires, qui apporteront sans doute une aide spontanée bienvenue (pour autant que cette aide militaire ne soit pas empêchée par les missions primaires de l'armée). En outre, les moyens civils disponibles changeront profondément; ceux qui ont été créés pour le temps de paix seront affaiblis, voire disparaîtront pratiquement (police, sapeurs-pompiers, etc.) alors que l'organisation de protection civile de la commune sera sur pied au titre de service actif, pour l'exécution des missions fixées par la loi (mesures de protection, de secours et de sauvetage selon art. 2 LFPCi du 23 mars 1962 et 19 à 21 OPCi du 27 novembre 1978), sous les ordres du chef local, lui-même

nommé par l'autorité politique de la commune, à qui il est subordonné avec ses formations (organismes local, d'établissement et d'abri) et envers qui il est directement responsable.

Il est évident que les principes de conduite demeurent les mêmes, en temps de service actif comme en temps de paix:

- L'autorité politique reste responsable des mesures de protection, de sauvetage, de secours et d'assistance sur le territoire communal.
- Le chef d'état-major dirige l'organe de conduite communal avec l'aide de ses chefs de service et spécialistes (instrument auxiliaire de l'autorité politique) et assume les tâches suivantes:
 - informer et conseiller l'autorité communale et lui fournir les éléments permettant la prise de décision;
 - assurer la coordination des mesures et l'exécution des décisions de l'autorité politique;
 - coordonner la collaboration avec les troupes et organisations civiles engagées sur le territoire communal, pour autant que le chef de l'intervention ne soit pas chargé de cette responsabilité;
 - assurer la liaison avec le canton (district), les communes voisines et les commandements militaires concernés;
 - décharger le chef de l'intervention de différentes tâches particulières

(par exemple: information, assistance, logistique, etc).

- Le chef de l'intervention ad hoc est chargé de l'engagement des moyens attribués pour faire face aux événements extraordinaires, lesquels peuvent découler de catastrophes d'origine naturelle ou humaine, d'actes illicites contre l'ordre et la tranquillité ou de faits de guerre. En d'autres termes, il s'agit du commandant des formations d'intervention engagées sur le territoire communal, que ce soit dans un secteur donné, que ce soit pour des tâches spéciales (prise d'otages/assistance de réfugiés ou sans-abri/lutte contre une épidémie ou une épizootie, etc.). Les titulaires de cette fonction pourront être désignés de cas en cas, en raison de leurs compétences.
- Le chef local est en effet désigné *a priori* comme chef de l'intervention lors de faits de guerre (art. 29 LFPCi du 23 mars 1962). A l'exception des menaces et événements extraordinaires exigeant la nomination d'une personnalité ad hoc par l'autorité communale, il incombe au chef local de décider de l'engagement de ses moyens, dans le cadre de la mission primaire légalement fixée et selon sa propre appréciation de la situation. Il tiendra bien entendu compte des autres mesures de défense générale prises par l'autorité communale et l'armée.

L'autorité communale peut attribuer au chef local des missions complémentaires à celles légalement fixées. Il devrait s'agir de tâches subsidiaires compatibles avec les possibilités effectives de l'organisation de protection civile (renforcement temporaire des autres moyens civils). Si le chef local constate que l'exécution de ses missions primaires est compromise par l'attribution de missions subsidiaires, il en informe immédiatement l'autorité politique. Celle-ci décide en dernier recours et le chef local doit exécuter les ordres reçus.

Pour conclure, il sied de rappeler que si le chef de l'intervention et le chef local sont par principe directement subordonnés à l'autorité politique de la commune, cela n'exige pas moins une liaison et une coopération étroite et collégiale avec le chef de l'état-major communal. En cas de guerre comme en cas de catastrophe, il n'y a pas de place pour le prestige et un formalisme outrancier qui porterait atteinte à l'efficacité. Cela ne signifie pas que les cahiers des charges établis en temps de paix soient inutiles, bien au contraire. Mais cela ne doit pas empêcher toute la flexibilité nécessaire pour faire face aux besoins extraordinaires d'une catastrophe. C'est donc sur le plan psychologique que le choix des responsables jouera un rôle déterminant. C'est un aspect que les autorités politiques ne devront jamais perdre de vue. ▀

NEUKOM 

Mobilier pour centres de protection civile

études et projets, fabrication

H. Neukom SA
8340 Hinwil-Hadlikon
Téléphone 01/938 01 01

Klar definiertes Zielpublikum

Eines von vielen Argumenten für die Vogt-Schild Fachzeitschriften als Werbeträger.

Die anderen? Tel. 01-242 68 68 sagt sie Ihnen.

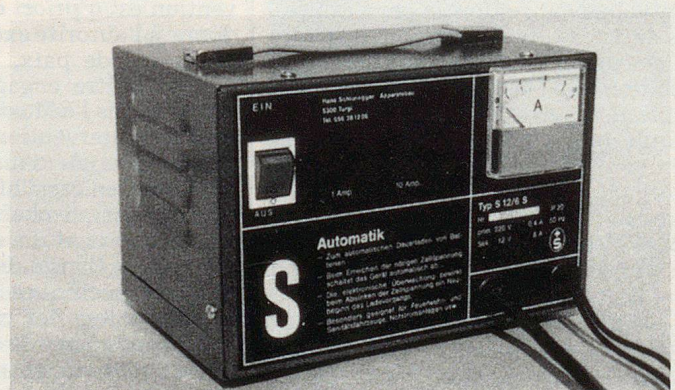
vogt-schild inseratendienst
Kanzleistrasse 80, Postfach
8026 Zürich

Diese Geräte besitzen eine automatische Spannungsbegrenzung.

Der angeschlossene Akkumulator wird durch die eingebaute elektronische Spannungsbegrenzung vor dem Überladen geschützt, indem der Ladevorgang bei erreichter maximaler Ladespannung unterbrochen wird.

Die Ladung setzt ein, sobald die Batteriespannung etwas abgesunken ist.

Hans Schlunegger
Apparatebau
5300 Ennet-Turgi



Tel. 056 28 12 08 / 28 26 76

Eidgenössischer Rapport mit den Chefs der kantonalen Ämter für Zivilschutz

Was macht der C Anl Betr Z?

ka. Am eidgenössischen Rapport mit den Chefs der kantonalen Ämter für Zivilschutz anfangs November in Schwarzenburg wurde unter anderem auch über die Tätigkeit und die Ausbildung des Chefs Anlagebetriebszug (C Anl Betr Z) orientiert. Wie bereits einmal angekündigt, gelangt die Einsatzunterlage Chef Anlagebetriebszug im ersten Quartal 1988 zur Auslieferung an die Kantone. Ein gutes Jahr später – Mitte 1989 – werden die Ausbildungsunterlagen zur Verfügung stehen, und die Ausbildung der Chefs Anlagebetriebszug kann ab diesem Zeitpunkt in den Kantonen anlaufen. Im folgenden wird über die Stellung, die Hauptaufgaben, das Anforderungsprofil und den Ausbildungsgang sowie über die Einsatzunterlage und den eigentlichen Schulungskurs des Chefs Anlagebetriebszug orientiert.

1. Stellung

Der Chef der in einer Anlage stationierten Leitung oder Formation ist zugleich Chef der Anlage. Sind in einer Anlage mehrere Leitungen oder Formationen stationiert, bezeichnet der Ortschef bzw. Sektorchef den Chef der Anlage.

Der Chef Anlagebetriebszug ist dem Chef der Anlage unterstellt und hat sich an dessen Entscheide zu halten. Unter Umständen hat er beim Chef der Anlage Entscheide zu erwirken. Zur Erfüllung seiner Aufgaben unterstehen ihm drei Gruppen: die Gruppe Technischer Betriebe, die Versorgungsgruppe und die von Fall zu Fall aus dem Personal der in der Anlage stationierten Leitungen bzw. Formationen Abkommandierten sowie Ordonnanzen und Magaziner in Sanitätshilfsstellen und Notspitalern.

In fachtechnischer Hinsicht unterstehen der Chef Gruppe Technischer Betriebe und der Rechnungsführer den ihnen fachdienstlich vorgesetzten Stellen, nämlich dem Dienstchef Versorgungsdienst bzw. dem Dienstchef Anlage- und Reparaturdienst.

2. Hauptaufgaben

Als Hauptaufgaben stehen solche mit Bezug auf die Anlage im Vordergrund, wie

- Leitung der Bereitstellung, der Inbetriebnahme und des Bezugs der Anlage,
- Organisation und Überwachung des Betriebs der technischen Einrichtungen (inkl. Ein- und Ausgänge sowie besondere Vorkehrungen in AC-Fällen), Wartung, Reinigung und Entsorgung der Anlage,
- Organisation des Dienstbetriebs in der Anlage (ausgenommen Arbeitsräume).

Der Chef der Anlage kann den Chef Anlagebetriebszug zudem mit der Durchführung von Einrückungs- und Entlassungsarbeiten sowie zur Leitung des Dienstbetriebs ausserhalb der Anlage beauftragen.

Diese Aufgaben verdeutlichen die Rolle des Chefs Anlagebetriebszug: Er ist

nicht «Oberanlagewart», sondern Organisator mit Blick fürs Ganze, durchaus vergleichbar mit der Funktion des Feldweibels in der Armee.

3. Anforderungsprofil und Ausbildungsgang

Der Chef Anlagebetriebszug hat einen wichtigen Beitrag zur raschen Erstellung der Einsatzbereitschaft der ZSO zu leisten. Deshalb ist der Besetzung dieser Funktion die notwendige Bedeutung beizumessen. Wünschenswert sind ehemalige Feldweibel der Armee bzw. Personen, die über Führungs- und Organisationstalent verfügen.

Der Ausbildungsgang gemäss den Weisungen über die Absolvierung und Durchführung der Zivilschutzkurse trägt diesen Tatsachen Rechnung: Einführungskurs allgemeiner Teil, Einführungskurs für Mehrzweckpioniere, Grundkurs für Schutzraumchefs, Schulungskurs für Chefs Anlagebetriebszug.

Für Feldweibel der Armee besteht die Möglichkeit, diesen Ausbildungsgang abzukürzen, indem diese Anwärter

Einsatzunterlage Chef Anlagebetriebszug:

Inhaltsübersicht

1. Grundlagen
 - Kommandoordnung in den Anlagen
 - Anlagebetriebszug
 - Pflichtenhefte
 - Anlagen der ZSO und des San D
 - Technische Einrichtungen
2. Massnahmenlisten
 - Bereitstellung der Anlage
 - Inbetriebnahme, Bezug und Betrieb der Anlage
 - C-Schutzstufe 2
 - C-Alarm
 - Strahlenalarm
 - Detonationen in der Umgebung der Anlage
 - Eintreten von Rauch oder Brandgasen
3. Anleitungen und Erläuterungen
4. Anhänge

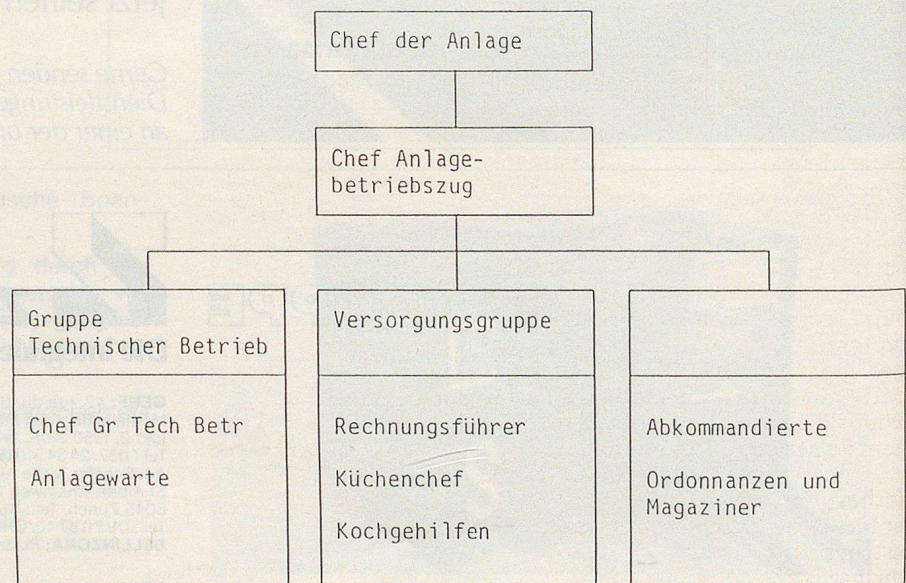
nach Absolvierung des Einführungskurses allgemeiner Teil direkt in den Schulungskurs für Chefs Anlagebetriebszug einsteigen können.

4. Einsatzunterlage und Schulungskurs

Mit der neuen Einsatzunterlage verfügt der Chef Anlagebetriebszug über eine einfache, stufengerechte Arbeitshilfe, die ihm – vor allem in Form der Massnahmenlisten (Kapitel 2) – seine Tätigkeiten wesentlich erleichtert. Konkrete Beschreibungen und mögliche Lösungen sind in den Kapiteln 3 und 4 enthalten. Sie ergänzen anschaulich das Grundlagenkapitel 1.

Der Schulungskurs für Chefs Anlagebetriebszug verfolgt weitgehend den roten Faden, der sich durch die Einsatzunterlage hindurchzieht. Es geht in diesem fünf-tägigen Lehrgang darum, einerseits die notwendigen allgemeinen Zivilschutzkenntnisse zu vermitteln, andererseits den zukünftigen Chef und

Kommandoordnung in der Anlage



Organisator möglichst praxisnah auf seine «Feldweibelfunktion» vorzubereiten.

Die Hauptmerkmale dieses Kurses können etwa so beschrieben werden: Montag und Dienstag Vermitteln der notwendigen Kenntnisse in den Bereichen Erstellen der Einsatzbereitschaft, Anlagen, Aufgaben und Organisation der Anlagenbenützer und Kontaktmöglichkeiten zu andern Fachbereichen der ZSO. Der Mittwoch ist ganz der Thematik Vorbereitungen für die Bereitstellung der Anlage gewidmet und findet in Form praktischer Arbeit in

einer Anlage der OSO statt. Donnerstag und Freitag werden Inbetriebnahme, Bezug und Betrieb der Anlage vorbereitet und in Form einer etwa zwölfstündigen Übung gefestigt. Diese Nacht verbringen die Kursteilnehmer in der Anlage. Der Freitagnachmittag ist der Vorbereitung im Hinblick auf die Übernahme der Funktion zugeordnet. Es geht dabei sowohl um Organisatorisches als auch um einen Ideentransfer zur Weiterausbildung des eigenen Anlagebetriebszuges in Übungen gemäss Artikel 54 ZSG. Charakteristisch für den gesamten

Kurs sind Auftragsunterricht und praktisches Training in Führung und Organisation.

Der Schulungskurs stellt auch an das Instruktionspersonal hohe Anforderungen. Es empfiehlt sich, jeweils eine oder zwei Klassen für angehende Chefs Anlagebetriebszug parallel zu einem anderen fünftägigen Kurs zu führen. Der administrative Aufwand (Anlagereservation, Transporte usw.) bleibt dadurch im Rahmen. Die Testkurse im Dezember 1987 und Februar 1988 werden diesbezüglich sicher noch wertvolle zusätzliche Informationen liefern. ▀

Rapport fédéral avec les chefs des offices cantonaux de la protection civile

Activités du C sct exploit inst

ka. Lors du rapport fédéral avec les chefs des offices cantonaux de la protection civile, tenu à Schwarzenburg au début de novembre, l'activité et l'instruction du chef de la section exploitation des installations (C sct exploit inst) ont également fait l'objet d'une information. Ainsi qu'il a déjà été communiqué, le document d'intervention chef de la section exploitation des installations sera livré aux cantons au cours du premier trimestre 1988. Une bonne année plus tard, soit en été 1989, les documents d'instruction seront disponibles et l'instruction des intéressés pourra alors débiter dans les cantons. Ci-après figurent des renseignements sur la position, les tâches principales, le profil des exigences et la filière d'instruction. Un autre volet est consacré au document d'intervention et au cours d'instruction proprement dit pour futurs chefs de la section exploitation des installations.

1. Position

Le chef d'une direction ou d'une formation stationnée dans une construction est également chef de cette construction. Si plusieurs directions ou formations y sont stationnées, c'est le chef local ou le chef de secteur qui désigne le chef de la construction.

Le chef de la section exploitation des installations est subordonné au chef de la construction; il doit se conformer à ses décisions. Le cas échéant, il lui appartiendra aussi de faire adopter des décisions par le chef de la construction. Pour remplir ses tâches, il dispose de trois groupes qui lui sont subordonnés: le groupe exploitation technique, le groupe ravitaillement et les personnes détachées de cas en cas, provenant du personnel des directions ou formations stationnées dans la construction, ainsi que d'ordonnances et de magasiniers dans les postes sanitaires de secours et les hôpitaux de secours.

Sous l'angle technique, le chef du groupe exploitation technique et le comptable sont subordonnés aux organes qui leur sont hiérarchiquement supérieurs au plan du service, à savoir le chef du service du ravitaillement et le chef du service de maintenance.

2. Tâches principales

Les tâches principales ont trait à la construction, à savoir:

- diriger la préparation, la mise en ser-

vice et l'occupation de la construction,

- organiser et surveiller l'exploitation des installations techniques (y compris les entrées et les sorties, ainsi que les dispositifs spéciaux dans les cas AC), assurer l'entretien, le nettoyage et l'évacuation des ordures de la construction,

- organiser la marche du service dans la construction (à l'exception des locaux de travail).

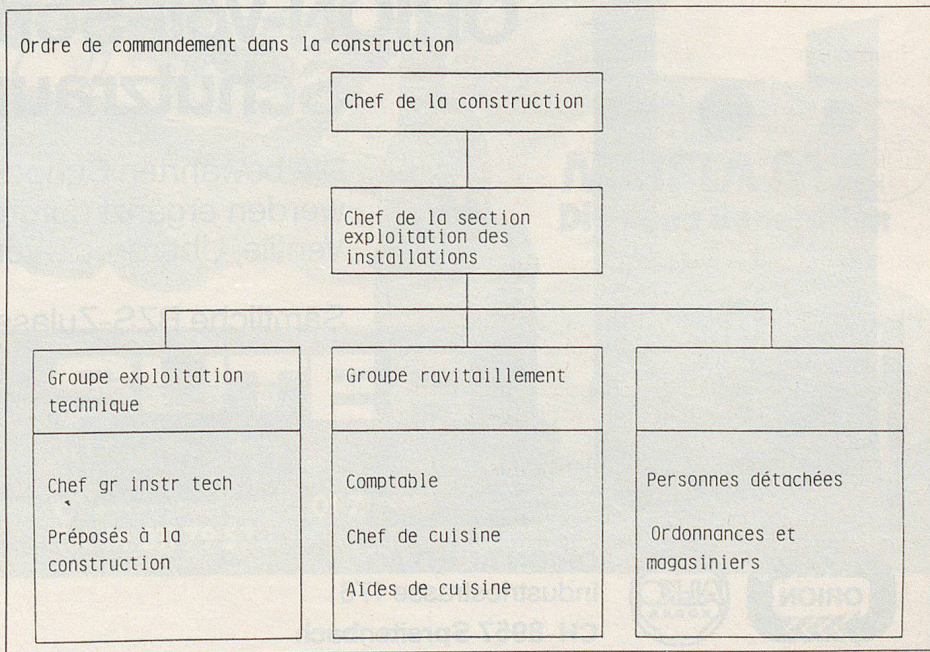
Le chef de la construction peut en outre charger le chef de la section exploitation des installations de travaux liés à l'entrée en service et au licenciement, ainsi que de diriger la marche du service en dehors de la construction.

L'énoncé de ces tâches illustre le rôle du chef de la section exploitation des installations: il n'est pas un «concierge en chef», mais un organisateur ayant une vue d'ensemble, parfaitement comparable avec la fonction d'un sergent-major à l'armée.

3. Profil des exigences et filière d'instruction

Le chef de la section exploitation des constructions contribue largement à ce que l'OPC soit rapidement opérationnel. Aussi convient-il d'attribuer l'importance nécessaire au choix de la personne qui remplira cette fonction. Les anciens sergents-majors ou des personnes sachant conduire du personnel et organiser conviennent particulièrement.

Ordre de commandement dans la construction



La filière d'instruction fixée dans les prescriptions concernant l'accomplissement et l'organisation des cours de la protection civile (PCPC) tient compte de cette situation: cours d'introduction partie générale, cours d'introduction pour sapeurs-pompiers polyvalents, cours de base pour chefs d'abri, cours spécial pour chef de la section exploitation des installations.

Pour les sergents-majors, il est possible d'écourter cette filière, en les faisant passer directement du cours d'introduction partie générale au cours spécial pour chef de la section exploitation des installations.

4. Document d'intervention et cours spécial

Avec le nouveau document d'intervention, le chef de la section exploitation des installations dispose d'un instrument de travail à la fois simple et judicieux qui – notamment sous la forme des listes de mesures (chapitre 2) – lui facilite considérablement la tâche. Des descriptions concrètes et des solutions possibles sont contenues aux chapitres 3 et 4. Elles complètent et illustrent le chapitre premier consacré aux principes.

Le cours spécial pour chef de la section exploitation des constructions suit dans une large mesure les données du document d'intervention. Dans ce cours de cinq jours, il s'agit, d'une part, d'acquérir les connaissances nécessaires de protection civile, d'autre part, de préparer d'une manière aussi pratique que possible le futur chef et organi-

sateur à ses fonctions de «sergent-major».

Les caractéristiques principales de ce cours peuvent se décrire ainsi: lundi et mardi, enseignement des connaissances nécessaires à la préparation de l'OPC à l'intervention, et de celles touchant aux constructions, aux problèmes organisationnels, aux missions des utilisateurs des constructions et aux possibilités de contact avec d'autres secteurs spécialisés des OPC. Le mercredi est entièrement consacré à la thématique des préparatifs en vue de rendre la construction opérationnelle, lesquels sont mis en pratique dans une construction de l'OPC. Le jeudi et le vendredi servent à préparer la mise en service, l'occupation et l'exploitation de la construction, puis à consolider ces connaissances sous la forme d'un exercice d'une douzaine d'heures. Les participants passent la nuit dans la construction. Le vendredi après-midi est réservé à la préparation en vue d'assumer la fonction de chef de la section exploitation des constructions. Il s'agit là à la fois de mettre en pratique les mesures d'organisation et de préparer des exercices de perfectionnement selon l'article 54 LPCi au sein des sections exploitation des installations.

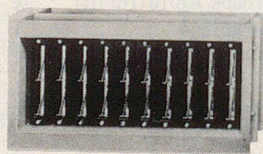
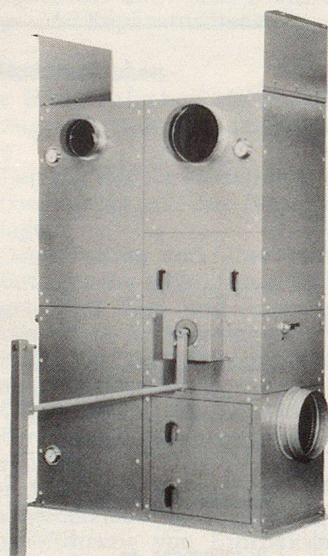
Une caractéristique de l'ensemble du cours est l'accent mis sur l'enseignement de la mission et l'entraînement pratique à la conduite et à l'organisation.

Le cours spécial exige beaucoup, même du personnel instructeur. Il est con-

Document d'intervention chef de section exploitation des installations

1. Bases
 - Ordre de la conduite dans les constructions
 - Section exploitation des installations
 - Cahiers des charges
 - Constructions des OPC et du S san
 - Installations techniques
2. Listes de mesures
 - Préparation de la construction
 - Mise en service, occupation et exploitation de la construction
 - Degré de protection C
 - Alarme C
 - Alarme radioactivité
 - Détonations à proximité de la construction
 - Infiltrations de fumée ou de gaz dégagés par des incendies
3. Directives et explications
4. Appendices

seillé d'organiser une ou deux classes pour futurs chefs de la section exploitation des constructions parallèlement à un autre cours de cinq jours. Ainsi, les difficultés administratives (réservation de constructions, transports, etc.) peuvent être limitées. Les cours tests de décembre 1987 et de février 1988 permettront certainement d'acquérir de précieux enseignements. ▣



ORION-Voll-Sortiment für die Schutzraumtechnik

Die bewährten Schockgeräte VA 1200 – VA 4800 werden ergänzt durch Gasfilter, Explosionsschutz-Ventile, Überdruck-Ventile und Schutzraumtüren.

Sämtliche BZS-Zulassungen sind vorhanden.

Eine sinnvolle Programm-Ergänzung, um dem Kunden «alles aus einer Hand» zu bieten.



ORION AL-KO AG
Industriestrasse 176
CH-8957 Spreitenbach

Telefon 056/70 13 00
Telefon 826 013 ORIO CH
Telefax 056/71 24 49